Gorz statt Keynes

Autor(en): **Strahm, Rudolf H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 2

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340227

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Gorz statt Keynes»

Von Rudolf H. Strahm, Zentralsekretär, SPS, Bern

«Gorz statt Keynes», das tönt gewiss provokativ. Denn es stellt all' das in Frage, was Ökonomen in ihrem seinerzeitigen Studium gelernt und am Examen wieder von sich gegeben haben. Richtigerweise müsste es eher heissen: Gorz *nach* Keynes. Denn für die Sozialdemokratie wird die Gorz'sche Denkweise viele Elemente für eine nachkeynsianische Wirtschaftspolitik abgeben.

Gorz und seine Kritiker

Gegen die Gorz'sche Auffassung von Leben und Arbeiten gibt es gleich drei Gegner:

1. Die Wachstumsgläubigen im neokonservativen und unternehmerischen Lager, die die Arbeitslosigkeit mit mehr Produktion und mehr Innovation verjagen möchten.
2. Die traditonellen Keynsianer, die immer noch nach Beschäftigungsprogrammen rufen, und meinen, mit staatlichen Dauereinspritzungen liesse sich Vollbeschäftigung erreichen.
3. Die vor allem trotzkistisch orientierte Linke, die immer noch den Normtypus des in die genormte Arbeitszeitpolitik gepressten Gesamtarbeiters vor Augen hat.

Wer etwa in Gewerkschafts- oder SP-Sektionen von Teilzeitarbeit und Arbeitszeitsouveränität zu reden beginnt, erfährt von Linken, die eben keinen «Abschied vom Proletariat» (Gorz) nehmen wollen, bald einmal eine Massregelung.

Was soll denn da noch wachsen?

Gorz hat recht, wenn er sagt, «dass diese technologische Revolution nicht aufgehalten werden kann und dass es sinnlos wäre, sie verhindern zu wollen». Gorz ist Realist und geht davon aus, dass die vorhandene Arbeitsmenge trotz höherer Produktion nur noch abnehmen wird. Längst hat sich in der Schweiz die Produktionsentwicklung von der Beschäftigung abgekoppelt. Wir Schweizer produzierten 1980 real 77% mehr Güter und Dienstleistungen als 1960 und zwar mit nur 12% mehr Beschäftigten.

Im Dezember 1984 waren von allen registrierten Arbeitslosen das grösste Kontingent die Leute aus dem Bereich Büro, Handel und Verwaltung. Offenbar wird bei der strukturellen (weniger bei der konjunkturellen) Freisetzung von Beschäftigten durch die Rationalisierung der Dienstleistungsbereich am stärksten betroffen!

Es drängt sich da sofort die Frage auf, die man allen Wachstumsanbetern stellen muss: *Was soll denn im Dienstleistungsbereich noch wachsen und entwickelt werden, um die Rationalisierungsopfer des Industrie- und Dienstleistungssektors aufzufangen?*

Bereits heute haben wir in der Schweiz auf 480 Haushalte eine Bankfiliale und auf 160 Haushalte eine Pensionskasse oder Versicherungsgesellschaft. Bereits heute haben wir einen aufgeblähten Sektor von Fitness-, Massage-, Hallensport- und Freizeitgewerbe.

Der Schweizer wendet im Durchschnitt vier Wochen an gesellschaftlicher Arbeitszeit auf, um die Werbekosten, die Verpackungen und deren Entsorgung zu bezahlen. Er arbeitet weitere vier Wochen um die Energie zu bezahlen. Und fünf Wochen für die Mobilität und die Ferien.

Was soll den da noch wachsen, wenn jedem Franken Wachstum ein Franken fünfzig Schaden durch Umweltbelastungen, Entsorgungskosten und Verschlechterung der Lebensqualität gegenübersteht?

Die Haushalte sind weitgegehend mit Konsumgütern gesättigt. Die Folgekosten des Wachstum werden immer grösser. Die Arbeitsplätze werden, je mehr die Firmen wachsen, ins Ausland, vor allem in Billiglohnländer verlagert. Und wenn hierzulande Investitionen getätigt werden, dann vor allem zur Rationalisierung, d.h. zur Einsparung von menschlicher Arbeit.

Gewiss gibt es noch Bereiche, wo die alte Politik nach Keynes, d.h. die Beschäftigungsförderung mit Staatsaufträgen, sinnvoll wäre. Im *Energiebereich* gibt es ein Potential von 50 bis 100 Milliarden an rentabler und sinnvoller Investitionen. Auch im *öffentichten Verkehr* (z.B. die Eisenbahntransversalen) und beim *Umweltschutz* ist die Förderung ökonomisch sinnvoll und wohlfahrtsvermehrend. Im *sozialen Bereich* sind kleine Netze, Hauspflegedienste, Quartierdienste, Bildungs- und Weiterbildungsangebote ebenfalls beschäftigungsintensiv und wohlfahrtökonomisch gerechtfertigt. Aber als Gesamtstrategie zur Vollbeschäftigung ist die Wachstumsförderung nach Keynes untauglich geworden.

Die Arbeit verteilen

Wenn die Produktivität (= Produktionsertrag pro Arbeitsstunde) wie bisher mit 2,5% pro Jahr weiter wächst, werden wir im Jahre 2005 in 26 Wochenstunden gleichviel produzieren wie heute mit durchschnittlich 44.

Oder, was auf das gleiche herauskommt, wir werden in 20 Jahren in gleichviel Wochenstunden zwei Drittel mehr produzieren können als heute. Voraussetzung wäre, dass diese zwei Drittel auch konsumiert würden.
Wenn das Wachstum nicht mehr realisierbar oder nicht mehr sinnvoll ist, bleibt nur noch die Verteilung der Arbeit auf die vorhandenen Köpfe. So bleibt die *Arbeitszeitpolitik*.
Hier setzt Gors an. Die Arbeitszeitpolitik ist zum wichtigsten Instrument der Beschäftigungspolitik geworden. Mangels Versagen der andern Instrumente. Zu Recht wird die Gorz'sche Wirtschaftspolitik ein Stück weit als Resignationslösung bezeichnet. Aber eine Lösung, die auch Hoffnung in sich birgt.
Mit der Beschäftigungspolitik eröffen sich auch neue Perspektiven. Wo die Menschen weniger lang im Arbeitsprozess sind, entfalten sie sich mehr ausserhalb. Wo die Entfremdung im Arbeitsbereich («heteronome Spähre») nicht aufhebbar ist, ist die Selbstverwirklichung umso grösser in der freien Zeit («autonome Sphäre»). Wobei die freie Zeit nicht nur Freizeit und Freizeitkonsum heisst, sondern auch freie Produktion, Selbstversorgung und ein Stück weit Schattenwirtschaft.

Die Strategie der Arbeitszeitpolitik ist vielfältig. Einmal geht es um die lineare Verkürzung der Wochenstundenzahl, aber nicht nur um diese. Es geht auch um Teilzeitarbeit, bei gleicher sozialer Sicherheit, und die muss erkämpft werden. Es geht um Zwillingsstellen (Job-Sharing), flexibles Pensionsalter, und auf lange Sicht um Arbeitszeitsouveränität. Eine bessere Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ist nicht vorstellbar ohne mehr Flexibilität in der Arbeitszeitpolitik, auch für die Männer.

SPS-Programm 1982 liegt richtig

Ein Programm des Öko-Sozialismus, einer Sozialdemokratie also, die ökologische und soziale Fragen verbindet, kommt nicht mehr um Gorz herum.

Das Parteiprogramm der SPS von 1982 spricht vom Recht auf Arbeiten und vom Recht auf teilzeitliches Arbeiten zugleich. Als André Gorz in St. Gallen das Kapitel 18 («Arbeiten und Leben» des SPS-Programms las, hatte er seine Freude daran. Ohne vielleicht Gorz zu kennen und ihn ganz zu verstehen, sind wir Grozianer geworden.
Auch bei der Übernahme der keynesianischen Politik vor einem halben Jahrhundert war es ähnlich: Die Keynes'sche Wirtschaftspolitik drängte sich der SPS damals, der Arbeitslosennot gehorchend, auf, ohne dass man Keynes richtig kannte.

Das Neue hat es schwer

Rekapitulieren wir eine frühere Epoche nationalökonomischer Doktrinbildung. Als Keynes in den 1930er Jahren mit seinen Ideen auftauchte, hatte er seine Gegner auf der Linken und auf der Rechten.
Die Kriseninitiative der 1930er Jahre - immerhin eine Vorwegnahme keynesianischer Beschäftigungspolitik - scheiterte in der Volksabstimmung. Ihr Promotor, Max Weber, musste nicht zuletzt wegen seiner neuen nationalökonomischen Vorstellungen 1940 als Sekretär des SGB über die Klinge springen. Marcela Hohl hat dieses Drama in ihrer Dissertation über Max Weber für die Nachwelt aufgearbeitet).
Damals waren sowohl das Bürgertum wie auch die traditionellen Gewerkschaften (z.B. Konrad Ilg), wie auch die marxistisch-leninistische Linke, gegen die keynesianische Betrachtungsweise. Es brauchte mehr als ein Jahrzehnt, bis die Sozialdemokratie die Wachstums- und Beschäftigungspolitik im Sinne von Keynes akzeptierte. In den 1960er und 70er Jahren ist dann diese Politik fast zum Dogma geworden und erstarrt.
Ich sehe durchaus Parallelen zum heutigen Umbruch im wirtschaftspolitischen Denken. In beiden Fällen galt das Sprichwort von Kurt Marti: «Das Neue hat es schwer, sich als Besseres zu erweisen.»

Die Zukunft der Gewerkschaften

Ein Diskussionsbeitrag von Hans Schäppi, Präsident der GTCP

Vorbemerkung

Seit dem Kriseneinbruch von 1974/75 hat sich die Situation für die Gewerkschaften in der Schweiz grundlegend geändert. Die neue Situation auf dem Arbeitsmarkt und das gewaltige Potential an Rationalisierungs-, Organisations- und Kontrollmöglichkeiten, welches die neuen Technologien darstellen, erlauben es den Unternehmern, die Gewerkschaften mehr und mehr in die Defensive zu drängen. Und während die Gewerkschaften in der Zeit der Hochkonjunktur eine Mobilisierung